

OA-Update 2023/18 | Stand: 19. Dezember

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen ihres Gipfeltreffens in Brüssel haben sich vergangene Woche die Spitzen der EU-Mitgliedsstaaten auf das lange angekündigte **12. Sanktionspaket** verständigen können. Die neuen Maßnahmen gegen Russland umfassen neben den erwarteten Einschränkungen im Diamanthandel und Verschärfungen beim Ölpreis-Deckel auch Beschränkungen bei Aluminium- und Autogasimporten und umfassende neue Personen- und Unternehmenssanktionen. Die vielleicht einschneidendste Maßnahme aus Sicht der deutschen Wirtschaft: EU-Exporteure werden nunmehr generell verpflichtet, die Wiederausfuhr besonders sensibler Güter und Technologien nach Russland vertraglich zu verbieten. Wie zu hören war, sind hier zumindest Ausnahmeregelungen für Geschäfte mit einer Reihe von Ländern geplant, die selbst Sanktionen gegen Russland eingeführt haben. Weitere Informationen zu den EU-Maßnahmen finden Sie in diesem letzten Sanktions-Update des Jahres 2023 in der Rubrik „Europäische Union“. Zu den Inhalten des Pakets und möglichen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bieten die federführenden Bundesministerien an diesem Donnerstag, den 21. Dezember, ein Sanktionsbriefing an. Beachten Sie: **Anmeldeschluss** ist bereits **am heutigen Dienstag, 17:00 Uhr!** Bitte melden Sie sich bei Interesse dazu direkt unter 410-s@diplo.de beim Auswärtigen Amt an (siehe auch Rubrik „Termine“).



Haben Sie frohe Weihnachtstage und kommen sie gut ins neue Jahr 2024!

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Handel mit Russland geht weiter zurück

Im Monat Oktober handelte Deutschland nach den vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts mit Russland nur noch Waren im Wert von 820 Millionen Euro, das waren 71 Prozent weniger als im Oktober 2022. Der Import aus Russland ging auf 210 Millionen Euro zurück (-88 Prozent), der deutsche Export nach Russland lag bei 608 Millionen Euro (-38 Prozent). Unter allen 29 Ost-Ausschuss-Ländern fiel Russland damit hinter die Ukraine und Kasachstan auf Platz 10 zurück. Insgesamt schnitt der deutsche Osthandel im Monat Oktober erneut etwas besser ab, als der gesamte deutsche Außenhandel, dennoch nahmen die Einbußen weiter zu. Im Oktober gingen die Handelsumsätze mit den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses um 8,2 Prozent im Vergleich mit Oktober 2022 zurück, für den Gesamtzeitraum Januar bis Oktober 2023 beträgt das Minus nunmehr 5,7 Prozent. Besonders positiv entwickelten sich die Ausfuhren im Oktober noch Richtung Kirgisistan (+26 Prozent), Montenegro (+25 Prozent), Usbekistan (+22 Prozent), Moldau (+18 Prozent) und Ukraine (+14 Prozent). Hier finden Sie die aktuellen Tabellen:

[10 Deutscher Osthandel Oktober 2023 0.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

2. Deutschland

Investitionsgarantien: Unternehmen beantragen Entschädigung für Verluste in Russland

Wegen der Ausfälle im Russlandgeschäft haben nach Winterhall Dea weitere Unternehmen beim Bund Anträge auf Entschädigung gestellt. Die Siemens-Bahntechniksparte Siemens Mobility und die Volkswagen Bank bestätigten auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur entsprechende Verfahren.

„Wie viele andere deutsche Unternehmen hat auch Siemens Investitionen in Russland über das Instrument der Investitionsgarantien des Bundes abgesichert“, erklärte ein Sprecher von Siemens Mobility am Montag. Bezüglich der gedeckten Investitionen stehe man in Kontakt mit der Bundesregierung und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC, die mit der Durchführung der Investitionsgarantien betraut war. Weitere Details wollte er nicht nennen. Ein Sprecher der Volkswagen Bank sprach auf Anfrage nur von einem laufenden Verfahren, zu dem man sich nicht weiter äußern wolle.

Zuvor hatte bereits die BASF-Öl- und Gastochter Winterhall Dea angekündigt, die staatlichen Garantien für frühere Investitionen in Russland in Anspruch zu nehmen. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums bestätigte den Antrag. Dabei gehe es um Garantien für Investitionen in dem Land, die zwischen 2006 und 2016 ausgesprochen worden seien.

Wirtschaftsstaatssekretär Michael Kellner (Grüne) hatte Mitte November erklärt, dass bisher 16 Anträge von acht Unternehmen eingegangen seien, die früher ausgesprochene staatlichen Investitionsgarantien für Projekte in Russland in Anspruch nehmen wollten. Insgesamt gehe es um 2,8 Milliarden Euro. Der Bund hatte bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 Investitionen in dem Land über Bürgschaften abgesichert.

[Russland-Geschäft: Siemens will von Bundesregierung Entschädigung - Business Insider](#)

Dekret: Fraport verliert Mitspracherecht am Flughafen von St. Petersburg

Laut Pressebereichten hat Russlands Präsident Wladimir Putin eine Umstrukturierung des Betriebs des Pulkowo-Flughafens in St. Petersburg veranlasst und damit den deutschen Großaktionär Fraport – Betreiber des Frankfurter Flughafens – isoliert. Fraport besaß bislang 25 Prozent der bisherigen Betreibergesellschaft. Putins Entscheidung wurde mit „unfreundlichen Handlungen einiger ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ begründet, wie aus seinem in der Nacht zum 1. Dezember veröffentlichten Dekret hervorgeht. Fraport äußerte sich auf Nachfrage, dass die Informationen zunächst überprüft und verifiziert werden müssten, „was das für unsere Beteiligung in St. Petersburg, die wir seit dem russischen Angriffskrieg ruhend gestellt haben, in Zukunft bedeutet.“.

Die neuen Maßnahmen bezüglich des internationalen Flughafens Pulkowo wurden im „Zusammenhang mit der Gefahr für die nationalen Interessen und wirtschaftliche

Sicherheit der Russischen Föderation“ getroffen. Demnach werden 100 Prozent der Anteile des Konsortiums Northern Capital Gateway (NCG), das in Zypern über die Firma Thalita Trading Ltd. registriert ist, in eine neu gegründete Holding der russischen Regierung übertragen. Die russischen Gesellschafter behalten ihre Rechte, die ausländischen Investoren jedoch nicht.

Fraport hatte nach Kriegsbeginn den Wunsch geäußert, sich aus dem Betrieb des Flughafens zurückzuziehen, wie die Frankfurter Neue Presse berichtet. Im September gab Andrej Kostin, der Chef der russischen Bank VTB, bekannt, dass die Bedingungen für den Ausstieg von Fraport bis Ende dieses Jahres festgelegt werden sollten. Er bezifferte den Wert des Fraport-Anteils auf 111 Millionen Euro. Insgesamt gehörten 13 verschiedene Unternehmen zur bisherigen Holding NCG, die 2010 einen 30-jährigen Vertrag zum Betrieb des Flughafens Pulkowo erhalten hatte.

[Putin schafft Fakten über Nacht: Fraport-Beteiligung an russischem Flughafen beendet \(fnp.de\)](https://fnp.de/putin-schafft-fakten-ueber-nacht-fraport-beteiligung-an-russischem-flughafen-beendet)

Handelsblatt-Reportage über das Ende von Gazprom Germania

In einer langen Reportage zeichnete das Handelsblatt die Umstände nach, die im März/April 2022 dazu führten, dass die Bundesregierung den Energieversorger Gazprom Germania im Frühjahr 2022 unter Treuhandverwaltung stellte. Zwei russische Manager von Gazprom Germania hätten damals verhindert, dass Russlands Präsident Wladimir Putin mit Hilfe eines russischen Djs als Strohmann Deutschland ins Chaos stürzte, meint das Handelsblatt und beschreibt, wie innerhalb weniger Stunden innerhalb der Bundesregierung die Entscheidung reifte, für Gazprom Germania zum Mittel der Treuhandverwaltung zu greifen. Der Beitrag ist hinter einer Paywall und hier zu finden.

[Das Gazprom-Komplott: So entging Deutschland knapp einem Blackout \(handelsblatt.com\)](https://handelsblatt.com/gazprom-komplott-so-entging-deutschland-knapp-einem-blackout)

Gazprom Germania wurde zwischenzeitlich verstaatlicht, was nun Spätfolgen haben könnte. Ein staatlicher Energiekonzern aus Indien verklagt die Bundesrepublik wegen entgangener Erdgaslieferungen auf Schadensersatz in Höhe von 1,8 Milliarden Euro.

[Milliarden-Streit wegen Gazprom-Verstaatlichung: Indien verklagt Deutschland \(fr.de\)](https://fr.de/milliarden-streit-wegen-gazprom-verstaatlichung-indien-verklagt-deutschland)

Der Fall Alischer Usmanow

Der russisch-usbekische Geschäftsmann Alischer Usmanow, einer der reichsten Männer der Welt, wird in Deutschland der Steuerhinterziehung, der Geldwäsche und des Verstoßes gegen das Sanktionsrecht verdächtigt. Der Geschäftsmann soll unter anderem Immobilien am Tegernsee besitzen, deshalb gehen deutsche Behörden gegen ihn vor. Doch die deutschen Strafverfolgungsbehörden haben große Probleme nachweisen, dass

die Jacht „Dilbar“ und die Häuser am Tegernsee wirklich Usmanow gehören, weil diese Objekte über eine Kette von Offshore-Unternehmen als Trusts registriert sind, berichtet die Deutsche Welle. Insbesondere gehört Anwälten zufolge ein Teil des deutschen Vermögens über Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen einem Trust auf den Bermudas.

Usmanows Verteidigung behauptet, ihr Mandant habe sich im Februar 2022 als Begünstigter aus dem Trust zurückgezogen - nur wenige Tage bevor die groß angelegte militärische Invasion Russlands in der Ukraine begann und der Oligarch anschließend auf die Sanktionslisten der EU, der USA und des Vereinigten Königreichs gesetzt wurde. Zunächst wurde der Trust auf den Namen von Usmanows Schwester Gulbahor Ismailowa neu registriert. Und als im April 2022 auch die Schwester mit Sanktionen belegt wurde, wurde sie ebenfalls aus der Liste der Begünstigten des Trusts entfernt. Wer derzeit die Jacht, die Villen und andere Immobilien kontrolliert, die Alischer Usmanow bis 2022 nutzte, ist nicht bekannt. Auch die Anwälte weigern sich, den Namen des Begünstigten zu nennen, nicht einmal im vertraulichen Gespräch. Die seit anderthalb Jahren laufenden Ermittlungen gestalten sich schwierig und drohen im Sande zu verlaufen.

Hier der vollständige Beitrag der Deutschen Welle zum derzeitigen Ermittlungsstand: [DW](#)

FAQ zu allgemeiner Hinweispflicht bei Sanktionsverstößen

Das Bundeswirtschaftsministerium bietet unter diesem Link Auslegungshinweise zur Umsetzung der Russland-Sanktionen an (Stand 4.10.):

[Fragenkatalog zu den Russlandsanktionen.](#)

3. Europäische Union

12. Sanktionspaket der EU – die Details

Das 12. Sanktionspaket der EU wurde nunmehr formell verabschiedet. Es umfasst die folgenden zentralen Bestimmungen:

- Diamanten

Die Maßnahmen umfassen ein Verbot der direkten oder indirekten Einfuhr, des Erwerbs oder der Weitergabe von Diamanten aus Russland. Dieses Verbot gilt für Diamanten mit Ursprung in Russland, aus Russland ausgeführte Diamanten, Diamanten im Transit durch Russland und russische Diamanten, die in Drittländern weiterverarbeitet werden.

- Das direkte Verbot gilt ab dem 1. Januar 2024 für nichtindustrielle natürliche und synthetische Diamanten sowie für Diamantschmuck.
- Das indirekte Einfuhrverbot für russische Diamanten, die in Drittländern bearbeitet (d. h. geschliffen und/oder poliert) wurden, einschließlich Schmuck mit Diamanten aus Russland, wird ab dem 1. März 2024 schrittweise eingeführt und am 1. September 2024 abgeschlossen.

- Vertraglich abgesichertes Verbot des Reexports für sensible Güter

EU-Exporteure sind verpflichtet, die Wiederausfuhr besonders sensibler Güter und Technologien nach Russland und die Wiederausfuhr zur Verwendung in Russland vertraglich zu verbieten. Diese Maßnahme betrifft Güter, die in russischen Militärsystemen verwendet werden, die sich auf dem Schlachtfeld in der Ukraine befinden, oder die für die Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser russischen Militärsysteme von entscheidender Bedeutung sind, sowie Luftfahrttechnik und Waffen. Konkret heißt es dazu in Abschnitt 23 der EU-Verordnung 2023/2878 wörtlich: „Der Beschluss (GASP) 2023/2874 schreibt darüber hinaus vor, dass Ausführer die Wiederausfuhr bestimmter sensibler Güter und Technologie in der Liste in den Anhängen XI, XX und XXXV der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, gemeinsamer Güter mit hoher Priorität oder von Feuerwaffen und Munition gemäß der Liste in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 nach Russland oder zur Verwendung in Russland vertraglich verbieten müssen.“

Aus dem Bundeswirtschaftsministerium hieß es zu diesem Punkt, dass es eine Positiv-Liste von Ländern geben soll, bei denen diese Art von „No-Russia“-Klausel in Verträgen nicht nötig sein wird und die im Wesentlichen aus den Ländern besteht, die selbst Sanktionssysteme gegen Russland eingeführt haben.

- Neue Einfuhr- und Ausfuhrkontrollen

- Der Rat hat 29 neue Einrichtungen in die Liste aufgenommen, für die strengere Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck gelten werden.
- Die Liste der Waren, deren Handel mit Russland beschränkt ist, wurde um folgende Güter erweitert: Chemikalien, Lithiumbatterien, Thermostate, Gleichstrommotoren und

Servomotoren für unbemannte Luftfahrzeuge (UAV), Werkzeugmaschinen und Maschinenteile.

- Einfuhrbeschränkungen werden auch für flüssiges Propangas, Roheisen und Spiegeleisen, Kupferdrähte, Aluminiumdrähte, Folien, Rohre und Schläuche eingeführt. Damit gibt es erstmals Sanktionen gegen russische Aluminiumprodukte. Allerdings, so schreibt die Financial Times, gehen der EU-Aluminiumindustrie die Maßnahmen nicht weit genug, da die betroffenen Produkte nur 15 Prozent der Einfuhren ausmachten. „Wenn Aluminiumsanktionen irgendeine Wirkung auf die russische Wirtschaft und ihre Fähigkeit, Krieg zu führen, haben sollen, ist eine viel umfassendere Maßnahme erforderlich“, schrieb die Industriegruppe European Aluminium am 8. Dezember an die Kommission.

- Neue Ausnahmen von den Einfuhrbeschränkungen gibt es für Gegenstände des persönlichen Gebrauchs, wie z. B. persönliche Hygieneartikel oder Kleidung, die von Reisenden getragen oder in ihrem Gepäck mitgeführt wird, sowie für Autos mit einem diplomatischen Kennzeichen, die in die EU einreisen dürfen. Künftig dürfen Russen Güter des persönlichen Bedarfs auch dann in die EU einführen, wenn diese Sanktionen unterliegen, schreibt die FAZ. Emigranten hatten sich darüber empört, dass sie nicht mehr mit privaten, in Russland zugelassenen Fahrzeugen in die EU kommen dürften. Die nun gefundene Regelung sichere den Grenz- und Zollbehörden einen Ermessensspielraum zu. Die Mitgliedstaaten können auch die Einreise ihrer Fahrzeuge genehmigen, sofern diese nicht zum Verkauf bestimmt sind und ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gefahren werden. EU-Bürger dürfen Autos, die sie aus Russland herausfahren, behalten, sofern das Land, in dem sie die Grenze überschreiten, dem zustimmt. Diplomaten zufolge haben mehrere Länder um diesen Schritt gebeten, allerdings nicht die Länder an der russischen Grenze, die die Regeln durchsetzen müssen. „Wir werden dies nur in sehr, sehr speziellen Fällen erlauben“, sagte dazu der Diplomat eines Grenzlandes der Financial Times.

- Bessere Durchsetzung von Sanktionen und Verhinderung von Sanktionsumgehung

- Das Transitverbot wird auf Kriegsmaterial ausgedehnt.

- Russischen Staatsangehörigen ist es untersagt, Eigentümer, Chef oder Mitglied der Leitungsorgane von juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu sein, die Krypto-Asset-Wallet-, Konto- oder Verwahrungsdienste für russische Personen und Gebietsansässige anbieten.

- Das bestehende Verbot der Erbringung von Dienstleistungen wird auf die Bereitstellung von Software für die Verwaltung von Unternehmen und von Software für die industrielle Entwicklung und Herstellung ausgeweitet.

- Für den Transfer von Geldern außerhalb der EU durch eine in der EU ansässige Einrichtung, die sich im Besitz oder unter der Kontrolle einer in Russland ansässigen Einrichtung oder eines russischen Staatsangehörigen oder einer in Russland ansässigen natürlichen Person befindet, wird eine Meldepflicht eingeführt. Demnach müssen Unternehmen in der EU, die zu mehr als 40 Prozent direkt oder indirekt von russischen Staatsbürgern oder in Russland niedergelassenen Unternehmen gehalten werden, bestimmte Geldtransfers künftig melden.

- Neues Kriterium für die Aufnahme in die Liste / Rückverfolgung von Vermögenswerten

- Der Rat hat sich auf ein neues Kriterium für die Aufnahme in die Liste geeinigt, um Personen zu erfassen, die von der erzwungenen Übertragung von Eigentum oder Kontrolle über russische Tochtergesellschaften von EU-Unternehmen profitieren. Damit wird sichergestellt, dass niemand von den Verlusten profitiert, die EU-Unternehmen erleiden, wenn ihre Tochtergesellschaften gewaltsam von russischen Eigentümern/Management übernommen werden.
- Es gibt die Möglichkeit, verstorbene Personen auf der Liste zum Einfrieren von Vermögenswerten zu belassen, um zu verhindern, dass die Einfrierungsmaßnahme möglicherweise unterlaufen wird.
- Der Rat sieht strengere Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur proaktiven Rückverfolgung von Vermögenswerten gelisteter Personen vor, um Verstöße gegen Sanktionen oder deren Umgehung zu verhindern und aufzudecken.

- Ölpreisobergrenze / Flüssiggas

- Die internationale Ölpreisobergrenze der G7+ wird verschärft. Neu eingeführt werden Maßnahmen, um den Verkauf von Tankschiffen an Drittländer genauer zu überwachen und detailliertere Bescheinigungsanforderungen zu stellen. Dies soll dazu beitragen, die von Russland zur Umgehung der Preisobergrenze eingesetzte „Schattenflotte“ zu bekämpfen.
- Neu eingeführt wird ein Einfuhrverbot für Flüssiggas (LPG), das sich auf jährliche Einfuhren im Wert von über 1 Milliarde Euro auswirkt, wobei bestehende Verträge für einen Zeitraum von höchstens 12 Monaten unter Bestandsschutz stehen.

- Eisen und Stahl

- Die Schweiz wird in die Liste der Partnerländer aufgenommen, die eine Reihe von restriktiven Maßnahmen auf Eisen- und Stahleinfuhren aus Russland anwenden, sowie eine Reihe von Einfuhrkontrollmaßnahmen, die im Wesentlichen denen der EU entsprechen.

- Sanktionen gegen Personen und Unternehmen

- Die EU hat weitere 61 Personen und 86 Unternehmen aus Russland, aber auch aus Usbekistan und Singapur auf ihre Sanktionsliste gesetzt, die an der Umgehung von Handelsbeschränkungen beteiligt sein sollen oder die russische Kriegsführung unterstützen. Dazu gehören Akteure des russischen Militärs und der Verteidigung, einschließlich Unternehmen der Militärindustrie und private Militärfirmen. Dazu gehören auch Akteure aus dem IT-Sektor sowie andere wichtige Wirtschaftsakteure. Die Maßnahmen zielen auch auf diejenigen ab, die die jüngsten illegalen sogenannten „Wahlen“ in den von Russland vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine orchestriert haben, und auf diejenigen, die für die erzwungene „Umerziehung“ ukrainischer Kinder verantwortlich sind, sowie auf Akteure, die Desinformationen/Propaganda zur Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verbreiten.

Dokumente zum 12. EU-Sanktionspaket

Durchführungsverordnung 2023/2875

Darin: Neue Listen von 61 sanktionierten Personen (Nr. 1585-1645) und 86 sanktionierten Unternehmen (Nr. 250 -335)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2023/2875 des Rates vom 18. Dezember 2023 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen \(europa.eu\)](#)

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

[Verordnung \(EU\) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren \(europa.eu\)](#)

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 zu Finanzfragen/Eingefrorene Gelder:

[Verordnung \(EU\) 2023/2873 des Rates vom 15. Dezember 2023 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen \(europa.eu\)](#)

Strafen für Verstöße gegen EU-Sanktionen werden verschärft

Eine neue EU-Richtlinie stellt sicher, dass diejenigen, die EU-Sanktionen verletzen oder umgehen, strafrechtlich verfolgt werden. Die spanische Ratspräsidentschaft und das Europäische Parlament hatten dazu Mitte Dezember eine Einigung erzielt. Das Gesetz sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten bestimmte Handlungen als Straftaten definieren müssen. Dazu gehören:

- Unterstützung von Personen, die restriktiven EU-Maßnahmen unterliegen, bei der Umgehung eines Reiseverbots
- der Handel mit sanktionierten Waren und die Durchführung von Transaktionen mit Staaten oder Einrichtungen, die von restriktiven Maßnahmen der EU betroffen sind
- Erbringung von Finanzdienstleistungen oder Ausübung von Finanztätigkeiten, die verboten oder eingeschränkt sind
- Verschleierung des Eigentums an Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen einer Person, Organisation oder Einrichtung, die von der EU sanktioniert ist

Die Anstiftung und Beihilfe zu diesen Straftaten wird ebenfalls als Straftat geahndet. Der Handel mit Kriegsmaterial wäre nicht nur dann eine Straftat, wenn er vorsätzlich, sondern auch wenn er grob fahrlässig begangen wird.

Abschreckende Sanktionen

Die Mitgliedstaaten müssen demnach sicherstellen, dass Verstöße gegen EU-Sanktionen mit wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden. Bei vorsätzlichem Verstoß gegen eine restriktive Maßnahme muss die Höchststrafe eine Freiheitsstrafe vorsehen. Konkret müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die in dieser Richtlinie definierten Straftaten je nach Delikt mit einer Höchststrafe von mindestens einem Jahr oder mindestens fünf Jahren Freiheitsentzug geahndet werden. Die Mitgliedstaaten können beschließen, Gesetze zu erlassen, die höhere Strafen vorsehen. Neben Freiheitsstrafen können gegen Personen, die gegen restriktive EU-Maßnahmen verstoßen haben, auch Geldstrafen verhängt werden.

Haftung und Sanktionen für juristische Personen

Die Verhandlungsführer des Rates und des Europäischen Parlaments haben sich darauf geeinigt, dass auch juristische Personen (z. B. Unternehmen) für die in dieser Richtlinie festgelegten Straftaten haftbar gemacht werden können. Dies wäre dann der Fall, wenn eine solche Straftat - zu ihren Gunsten - von einer Person mit einer Führungsposition in der Organisation begangen wurde.

Juristische Personen, die gegen die restriktiven Maßnahmen verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen, zu denen der Ausschluss von der Geschäftstätigkeit und der Entzug von Genehmigungen und Erlaubnissen zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gehören.

Strengere Durchsetzung

Auch die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen verstärken, um sicherzustellen, dass die EU-Sanktionen eingehalten werden. Zu diesem Zweck müssen sie eine Verjährungsfrist vorsehen, d. h. einen Zeitrahmen, innerhalb dessen rechtliche Schritte eingeleitet werden müssen, die eine ordnungsgemäße Rechtsdurchsetzung ermöglichen. Die Mitgliedstaaten müssen auch Maßnahmen ergreifen, um die aus der Verletzung von Sanktionen resultierenden Erträge einzufrieren und zu beschlagnahmen.

Nächste Schritte

Die vorläufige Einigung wird nun den Vertretern der Mitgliedstaaten (ASTV) zur Billigung vorgelegt. Wird der Text gebilligt, so wird er anschließend sowohl vom Rat als auch vom Europäischen Parlament förmlich angenommen.

[Council and Parliament reach political agreement to criminalise violation of EU sanctions - Consilium \(europa.eu\)](#)

Ukrainer nehmen Raiffeisenbank von Schwarzer Liste

Die ukrainische Regierung stuft die Raiffeisen Bank International (RBI) nicht mehr als internationale Unterstützerin des russischen Aggressionskrieges ein. Der bisherige Status

sei „ausgesetzt“, teilte die Nationale Agentur für Korruptionsvorbeugung (NASK) der Ukraine laut verschiedenen Medienberichten mit. Zuvor hatte es Berichte gegeben, dass die österreichische Regierung ihre Zustimmung zum 12. Sanktionspaket von der Streichung der Raiffeisenbank abhängig gemacht habe. Dies wurde aus Wien jedoch dementiert.

Der Status der Raiffeisenbank sei ausgesetzt für den Zeitraum bilateraler Konsultationen unter Einbeziehung von Vertretern der Europäischen Kommission, hieß es von Seiten der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Der Beitrag mit den Vorwürfen gegenüber der RBI war auf der ukrainischen Website nicht mehr abrufbar. Die RBI war im Frühjahr 2023 wie eine Reihe weiterer internationaler Unternehmen auf eine ukrainische „Liste für internationale Terrorunterstützer“ aufgenommen worden. Zur Begründung wurden die Aktivitäten der Bank in Russland genannt. Zudem wurde auf fehlende Schritte der RBI verwiesen, sich von ihrem Russland-Geschäft zu trennen.

EU-Diplomaten hatten im Vorfeld des Beschlusses des zwölften EU-Sanktionspakets gegen Russland berichtet, dass sich die österreichische Bundesregierung für die RBI stark gemacht habe. Offiziell bestätigt wurde dies nicht. Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer dementierte beim EU-Gipfel, dass es einen Zusammenhang gegeben habe. Weltweit operierende Konzerne wie beispielsweise der Nahrungsmittelhersteller Nestlé verbleiben auf der Liste. Ihnen und anderen wird vorgeworfen, nicht wie angekündigt ihre Operationen in Russland heruntergefahren oder beendet zu haben und somit die Kriegswirtschaft Russlands zu unterstützen.

EU sucht weiter nach Wegen zur Abschöpfung russischen Vermögens für die Ukraine

Die EU-Kommission hat laut einer Meldung von OstInsider Daily erste Schritte angekündigt, um Einkommen aus in Europa eingefrorenem russischen Zentralbankvermögen für die Ukraine nutzen zu können. Das russische Vermögen selbst soll dabei vorerst nicht angetastet werden. Auch ob und wie das Geld später an die Ukraine fließen könnte, soll erst später entschieden werden. Konkret anvisiert werden Übergewinne von Clearinghäusern, die durch das Einfrieren der russischen Vermögen entstanden sind. Die Kommission arbeite gerade entsprechende Maßnahmen aus, die dann von den EU-Staaten verabschiedet werden müssen, erklärte dazu laut der Österreichischen Presseagentur APA Vera Jourova, Vizepräsidentin der EU-Kommission, in Brüssel.

Nachdem Russland im Februar 2022 die Ukraine überfallen hatte, ließ die EU russische Vermögenswerte, die sich bei Finanzinstitutionen in der Union befanden, einfrieren. Betroffen waren auch sogenannte Clearinghäuser, die in der Regel nur Transaktionen abwickeln. Die blockierten russischen Vermögen, zum Beispiel in Form von Anleihen, warfen aber mit der Zeit Einkommen ab (beispielsweise Zinszahlungen). Die Clearinghäuser wurden somit gewissermaßen unfreiwillig zu den Verwaltern dieser Einkommen, erklärte ein Beamter der EU-Kommission. Sie mussten diese aufgrund regulatorischer Pflichten anlegen, beispielsweise als Übernacht-Einlagen bei der Europäischen Zentralbank, was wiederum neue (Zins-)Einkommen generierte. Genau auf letztere Einkommen sieht es die EU-Kommission nun ab.

Bisher seien diese zusätzlichen Einkommen in den Gewinn der Clearinghäuser geflossen und wurden versteuert, erklärte ein EU-Kommissionsbeamter. In Zukunft soll sich das ändern. Mit dem jetzt vorgelegten Vorschlag soll den betroffenen Clearinghäusern verboten werden, diese Gewinne an ihre Aktionäre auszuzahlen. Zudem müssten die Gewinne buchhalterisch getrennt ausgewiesen werden, sodass sie zu einem späteren Zeitpunkt für die Ukraine genutzt werden könnten. Was aber konkret mit dem Geld passieren soll, wird im aktuellen Vorschlag nicht geregelt und soll später entschieden werden.

Im Prinzip werde auf diese Art kein russisches Eigentum angerührt, meinte der gleiche EU-Beamte. Warum nur Vermögen der russischen Zentralbank, aber nicht von anderen russischen Unternehmen herangezogen werde, erklärte er mit Nutzen-Aufwand-Erwägungen. Keine klare Erklärung gab es dafür, warum nur die Netto-Gewinne genutzt werden sollen, die Steuern aber weiter national eingehoben werden dürfen.

Bereits seit Anfang 2023 will die EU Zinserträge aus dem eingefrorenen russischen Zentralbankvermögen für die Finanzierung der Ukraine-Hilfe verwenden. Doch grundsätzliche juristische Bedenken dagegen sind weiterhin nicht ausgeräumt, wie die FAZ berichtet. Die Bedenken liegen demnach vor allem im Völkerrecht, genauer im Prinzip der Staatenimmunität. Es beruht auf der Unabhängigkeit und Gleichheit souveräner Staaten und bedeutet, dass es keinem Staat – und auch nicht der EU – gestattet ist, über einen anderen Staat zu Gericht zu sitzen.

Juristen geben nicht nur zu bedenken, dass die EU sich nicht über die Rechtsprinzipien hinwegsetzen könne, auf denen sie selbst aufgebaut ist. Sie warnen auch vor Präzedenzfällen. Je weniger die EU ausländische Eigentumsrechte respektiere, desto eher könnten sich andere Staaten ermuntert sehen, auf Vermögenswerte westlicher Unternehmen und, soweit vorhanden, von Zentralbanken zuzugreifen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) habe sich mit ähnlichen Argumenten gegen den Zugriff auf russische Zentralbankvermögen ausgesprochen, schreibt die FAZ weiter. Sie Sorge sich um die Attraktivität des Euros als internationale Reservewährung, wäre doch die Beschlagnahme der russischen Reserven ein Präzedenzfall. Er ließe ausländische Investoren und Zentralbanken daran zweifeln, dass eine Anlage in Euro eine gute Idee sei.

Zu den größten Bremsern zählt nach Angaben des Handelsblatts Deutschland. Ein solcher Schritt müsse „sehr gründlich diskutiert“ werden, hieß es demnach aus deutschen Regierungskreisen. Berlin sei demnach nicht glücklich darüber, dass die Kommission den Vorschlag zwei Tage vor dem EU-Gipfel machte, auf dem es um den mehrjährigen EU-Haushalt und weitere Ukrainehilfen gehen sollte.

Die spanische Ratspräsidentschaft hatte sogar bereits einen Haushaltsvorschlag in Umlauf gebracht, in dem die erwarteten Einnahmen aus dem russischen Vermögen mit 15 bis 17 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren veranschlagt wurden. Dieses Geld sollte zur Finanzierung der Ukrainehilfen herangezogen werden. Der Plan wurde nach Handelsblatt-Informationen jedoch bereits wieder verworfen.

Kommissionsbeamte betonten, dass man noch nicht schätzen könne, welche Summen das eingefrorene Vermögen generieren werde. Das hänge von vielen Faktoren wie etwa der Zinsentwicklung ab.

Der jetzige EU- Vorschlag ziele nicht mehr auf die in der EU eingefrorenen russischen Zentralbankguthaben selbst, die auf rund 200 Milliarden Euro geschätzt werden. Es gehe nur um die Zinsgewinne aus diesen Guthaben.

Zugriff auf einen größeren Anteil der Zinserträge hat Belgien, denn in Brüssel hat der Finanzdienstleister Euroclear seinen Sitz. Er wickelt Wertpapiertransaktionen ab und hält große Wertpapierpakete im Auftrag von Banken und Zentralbanken. Als die Sanktionen im März in Kraft traten, lag ein Großteil des russischen Notenbankvermögens – rund 190 Milliarden Euro – auf Euroclear-Konten. Für die ersten drei Quartale hat das Unternehmen daraus Sondererträge von etwa drei Milliarden Euro ausgewiesen. Darauf zahlt Euroclear knapp 800 Millionen Euro Steuern. Ministerpräsident Steven Vanackere hat angekündigt, sie an die Ukraine weiterleiten zu wollen. Was mit dem Rest der Zinserträge passieren könnte, ist offen. Denn jenseits der Euroclear-Steuerzahlung bestünden die juristischen Bedenken gegen einen Zugriff auf Zinserträge fort, schreibt die FAZ. Das völkerrechtliche Prinzip der Staatenimmunität gelte dafür genauso wie für die Abschöpfung der Zentralbankvermögen selbst.

G7 will russische Diamanten ab Januar sanktionieren

Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben sich am 6. Dezember darauf geeinigt, ab Januar ein direktes Einfuhrverbot für russische Diamanten zu verhängen und im Laufe des nächsten Jahres ein Rückverfolgungssystem für Diamanten einzuführen. Russische Diamanten sind eine der letzten Ressourcen, die nicht von der G7 sanktioniert werden, so dass die Gewinne aus ihrem Verkauf in die Kriegskasse des Kremls fließen können.

Die G7-Staats- und Regierungschefs entschieden, „bis zum 1. Januar 2024 Einfuhrbeschränkungen für nicht-industrielle Diamanten einzuführen, die in Russland abgebaut, verarbeitet oder hergestellt werden, gefolgt von weiteren schrittweisen Beschränkungen für die Einfuhr russischer Diamanten, die in Drittländern verarbeitet werden, mit dem Ziel des 1. März 2024“, hieß es in einer Erklärung, aus der Politico zitiert. Länder, die innerhalb der G7 Rohdiamanten importieren, sollen bis zum 1. September 2024 einen robusten, auf Rückverfolgbarkeit basierenden Verifizierungs- und Zertifizierungsmechanismus für Rohdiamanten" einrichten, so der Beschluss.

Washington hat im April 2022 Sanktionen gegen russische Rohdiamanten verhängt, und die EU diskutiert seit langem eine Ausweitung ihrer Sanktionen auf Diamanten. Belgien mit seinem wichtigen Diamantenhandelszentrum Antwerpen hat die europäischen Bemühungen jedoch mit dem Argument gebremst, dass nur ein G7-Verbot wirksam wäre, um Umgehungen zu verhindern.

[G7 to sanction Russian diamonds as of January – POLITICO](#)

Tagesschau: Wie Osteuropa weiter am russischen Öl hängt

Seit einem Jahr gilt das Öl-Embargo der EU gegen Russland. Doch Ungarn, Tschechien und die Slowakei haben Ausnahmen erkämpft. Diese wurden im Rahmen des 12. Sanktionspakets nunmehr nochmals verlängert.

Die Regierung in Prag sieht sich eigentlich als starke Stimme der Ukraine in der EU. Mit dem Ausstieg aus dem russischen Öl sei das aber nicht so einfach, sagt Industrieminister Jozef Sikela in einem Bericht von Tagesschau.de. Zuerst müsse das Pipeline-Netz nach Italien ausgebaut werden. „Im Moment installieren wir größere Turbinen und robustere Motoren. Nach dem Ende dieses Projekts wird es möglich sein, sämtliche Lieferungen aus Russland über die Ölpipeline Druschba zu stoppen.“ Doch das dauert: Erst im Jahr 2025 könnte es so weit sein. Und es kostet. Dagegen ist das russische Rohöl laut Energieexperten derzeit einfach viel billiger als anderes. Tschechien ist außerdem auch indirekt abhängig von russischem Erdöl. Das Land stellt selbst nicht genug Treibstoff her, sondern importiert einen großen Teil aus der Slowakei. Die einzige Raffinerie des Nachbarlandes verarbeitet vor allem russisches Öl und liefert rund ein Fünftel des tschechischen Bedarfs. In einigen Regionen sogar die Hälfte. Doch ab heute soll damit Schluss sein. Dann darf „Slovnaft“ nichts mehr exportieren, was aus Russland stammt. „Sollte diese Ausnahme nicht verlängert werden, könnte es zu einer Destabilisierung der Lieferung von Erdölprodukten und Treibstoffen kommen“, warnt der slowakische Parlamentspräsident Peter Pellegrini. „Nicht nur bei uns und in Tschechien, sondern auch in der ganzen Region.“

Außerdem dürften die Spritpreise steigen. Daher unterstützte die tschechische Regierung den slowakischen Verlängerungswunsch bei der EU. Und auch Ungarn warb dafür. Denn „Slovnaft“ gehört dem ungarischen Mineralölkonzern „MOL“. Die Umstellung auf nicht-russisches Erdöl sei teuer und werde sich ebenfalls noch mindestens bis 2025 hinziehen, heißt es. Die Raffinerie könne derzeit nur rund 30 Prozent anderes Öl verarbeiten - zu wenig für Tschechien.

[Trotz EU-Sanktionen: Wie Osteuropa weiter am russischen Öl hängt | tagesschau.de](#)

Estland überlegt Abschiebung russischer Neubürger

Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas hat erklärt, die Regierung prüfe rechtliche Möglichkeiten zur Abschiebung von Personen, die die russische Staatsbürgerschaft annehmen wollen, berichtet die estnische Zeitung Postimees. Kallas sagte, dass jeder, der angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine die russische Staatsbürgerschaft annehme, seine Bereitschaft zeige, sich im Falle einer Mobilisierung der russischen Armee anzuschließen, und ein eindeutiges Sicherheitsrisiko darstelle. Laut Kallas könnte dieses Sicherheitsrisiko die Grundlage für ein Ausweisungsverfahren bilden.

Die estnische Regierung begann mit der Diskussion über die Möglichkeit der Abschiebung von Personen, die die russische Staatsbürgerschaft anstreben, nachdem im Oktober Änderungen zur Vereinfachung des russischen Staatsbürgerschaftsrechts in Kraft getreten

waren, berichtet Postimees. Die estnischen Behörden betonten, dass die neuen Maßnahmen nicht diejenigen betreffen werden, die bereits mit einem russischen Pass in Estland leben. Estland lässt keine doppelte Staatsbürgerschaft zu, so dass die geplanten Beschränkungen auf in Estland lebende ehemalige UdSSR-Bürger abzielen, die keine Staatsbürgerschaft erworben haben, berichtet Radio Free Europe/Radio Liberty. Im Januar 2023 lebten mehr als 64.000 ehemalige UdSSR-Bürger ohne Staatsbürgerschaft in Estland, was 4,7 Prozent der Bevölkerung entspricht.

[Estonian prime minister says residents obtaining Russian citizenship after start of full-scale war are security threat, could face deportation — Meduza](#)

Verdacht der Sanktionsumgehung: Litauen überprüft Staatsbürgerschaft für Abramowitsch-Kinder

Litauens Regierung will die Umstände der Vergabe litauischer Pässe an zwei Kinder des russischen Oligarchen Roman Abramowitsch untersuchen. Die Ankündigung erfolgte in Reaktion auf einen investigativen Medienbericht, wonach ein Sohn und eine Tochter des Milliardärs die Staatsbürgerschaft des baltischen EU-Landes besitzen und ihrem Vater womöglich dabei geholfen haben sollen, internationale Sanktionen zu umgehen. Die Einbürgerung der beiden Kinder vor etwa zehn Jahren wurde von den litauischen Behörden bestätigt. „Die Verleihung der Staatsbürgerschaft darf kein Geheimnis sein und ein litauischer Pass kann kein Vorwand für die Umgehung von Sanktionen oder andere Missbräuche sein“, sagte Innenministerin Agne Bilotaite und kündigte zudem Gesetzesänderungen an. Damit soll Personen die Staatsbürgerschaft entzogen werden können, wenn sie eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Litauen darstellen. Abramowitsch wurde nach Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im März 2022 auf die EU-Sanktionsliste gesetzt. Anders als bei engen Kreml-Vertrauten wurden die Familienmitglieder des Oligarchen aber nicht mit Sanktionen belegt. Nach einem früheren Bericht des britischen „Guardian“ soll Abramowitsch kurz vor dem Einmarsch seines Heimatlandes in die Ukraine einen Teil seines Vermögens auf seine Kinder übertragen haben.

[Litauen prüft Staatsbürgerschaftsvergabe an Abramowitsch-Kinder \(faz.net\)](#)

Neue Dual-Use Güterliste in Kraft getreten

Die von der Europäischen Kommission am 15. September 2023 vorgeschlagene Liste der kontrollierten Güter mit doppeltem Verwendungszweck für 2024 ist zum 15. Dezember in Kraft getreten. Die Aktualisierungen betreffen die Kontrollparameter für Fertigungsanlagen, Hochleistungscomputer und Laser, Antriebsmotoren für Unterwasserfahrzeuge und Flugzeugtriebwerke.

[Commission Delegated Regulation \(EU\) 2023/2616 of 15 September 2023 amending Regulation \(EU\) 2021/821 of the European Parliament and of the Council as regards the list of dual-use items \(europa.eu\)](#)

4. Russland

NYT: Rückzug aus Russland kostete Unternehmen über 100 Milliarden Dollar

Westliche Unternehmen, die ihren Rückzug aus Russland angekündigt haben, haben seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine Verluste in Höhe von 103 Milliarden Dollar erlitten, dies meldet der russische Kommersant unter Berufung auf die New York Times (NYT). Der Zeitung zufolge erhielt der russische Haushalt im Jahr 2022 mindestens 1,25 Mrd. Dollar an Steuern aus dem Verkauf von Unternehmen aus „unfreundlichen“ Ländern. Die NYT kommentiert, dass es dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gelungen sei, den Abgang von Unternehmen zu einem Gewinn für die loyale Elite und den gesamten Staat zu machen. Dies geschah unter anderem dadurch, dass er die aus dem Markt ausscheidenden Unternehmen zwang, Vermögenswerte in Russland zu Schleuderpreisen zu verkaufen, und begann, den Kreis der Käufer dieser Vermögenswerte zu bestimmen, schließt die Zeitung.

Als Beispiel für ein Geschäft, in das sich der Staat eingemischt hat, nennt die NYT die Versuche des niederländischen Brauereiunternehmens Heineken, russische Vermögenswerte zu verkaufen. Die Publikation zitiert Personen, die den Verhandlungen nahestanden, und behauptet, die russischen Behörden hätten sich geweigert, sich mit dem Käufer der Heineken-Vermögenswerte zu einigen und sie dem Parfümhersteller Arnest übergeben.

Die NYT erinnert daran, dass Russland elf Tage nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine einen Unterausschuss der staatlichen Kommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen eingerichtet hat, der Genehmigungen für Geschäfte zwischen ausländischen Unternehmen und Käufern ihrer russischen Vermögenswerte erteilt.

[NYT: объявившие об уходе из России компании понесли убытки на \\$103 млрд – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Neuregelung für Patente westlicher Unternehmen

Westliche Unternehmen, die sich aus Russland zurückziehen, sollen nunmehr auch den Verkauf von Lizenzen und Patenten mit der russischen Regierung abstimmen. Das sieht ein neuer Erlass des Industrie- und Handelsministeriums vor, über den der Kommersant berichtet. Bisher war nur der Verkauf von Unternehmen bzw. Anteilen daran durch die Regierungskommission für ausländische Investitionen zu genehmigen. Insider erklärten gegenüber der Wirtschaftszeitung, dass die Ausweitung der Genehmigungspflicht im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung bzw. Lokalisierung von Pharmaunternehmen zu verstehen sei, bei der Pharmedizinen eine große Rolle spielten. Außerdem wolle die Regierung Rechtsstreitigkeiten wie im Falle Carlsberg vorbeugen. Die dänische Brauerei hatte vor ihrem Russlandrückzug Rechte an lokalen Marken an Tochterunternehmen in benachbarten Ländern übertragen

[Передача прав иностранцев на торговые марки и патенты может потребовать одобрения правкомиссии \(kommersant.ru\)](#)

Russland exportiert immer mehr LNG nach Europa

Im vergangenen Monat hat Russland so viel Flüssigerdgas (LNG) nach Europa geliefert wie noch nie, dies berichtet die russische Wirtschaftszeitung Kommersant. Laut dem Branchendienst Kpler brachten russische Schiffe 1,75 Mio. Tonnen LNG hauptsächlich nach Frankreich und Belgien. Das war mehr als die Hälfte der russischen Exporte insgesamt (2,9 Millionen Tonnen). Der bisherige Rekord von 1,74 Mio. t russischer LNG-Exporte nach Europa stammt vom Dezember 2022. Experten erklären den neuen Bestwert mit einem Stau im Panamakanal und hohen Preisen in Europa. Dies habe den Kontinent zum bevorzugten Ziel der LNG-Frachter gemacht. Insgesamt importierte die EU in den ersten drei Quartalen dieses Jahres im Schnitt 8,5 Millionen Tonnen t LNG pro Monat. Mit Abstand größter Lieferant sind seit 2022 die USA.

Sanktionierte Luxusautos gelangen immer noch nach Russland

Ferraris, Lamborghinis und Maybachs - rund tausend solcher Luxusautos wurden seit dem Beginn der groß angelegten russischen Invasion in der Ukraine aus Europa nach Russland importiert. Dies zeigt eine neue Untersuchung von Journalisten von Verstka Media. Der geheime Handel - im Wert von rund 100 Millionen Dollar - sei dank einiger Dutzend Händler in Weißrussland möglich, die enge Beziehungen zu Präsident Alexander Lukaschenko unterhielten. Die Händler machen sich Berichten zufolge die Tatsache zunutze, dass westliche Lieferungen nach Belarus weiterhin erlaubt sind. Durch die Gründung von Briefkastenfirmen zur Umgehung von Reexportkontrollen sei es den Firmen gelungen, Russlands Versorgung mit einigen der teuersten Fahrzeuge der Welt aufrechtzuerhalten, obwohl die USA, die EU und Großbritannien im März 2022, also fast unmittelbar nach dem Einmarsch in die Ukraine, ein Ausfuhrverbot für Autos im Wert von über 54 000 Dollar/50.000 Euro verhängt hatten.

[Russia has imported \\$100 million in ultimate luxury cars since Ukraine invasion, despite Western ban, new investigation shows — Meduza](#)

Sanktionsumgebung: USA sanktionieren weitere 250 Personen und Unternehmen

Die Vereinigten Staaten verhängten 12. Dezember Sanktionen gegen mehr als 250 Personen und Einrichtungen im Zusammenhang mit Russlands groß angelegtem Einmarsch in der Ukraine. 150 Personen und Unternehmen wurden durch das US-Finanzministerium (OFAC) gelistet, weitere 100 Personen und Unternehmen durch das Außenministerium. Der jüngste Schritt ist Teil der Bemühungen, gegen Russlands Umgehung von Sanktionen vorzugehen, indem zusätzlich zu den bestehenden Zielen in Russland zahlreiche spezifische Ziele benannt werden, darunter Personen und Einrichtungen in China, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Drittländern.

Nach Angaben der USA zielen die neuen Sanktionen auf Personen und Einrichtungen ab, die Russlands Fähigkeit, einen Krieg gegen die Ukraine zu führen, gefördert haben und Russlands künftige Energieproduktions- und -exportkapazitäten stärken. „Wir werden weiterhin alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Rechenschaftspflicht für Russlands Verbrechen in der Ukraine und für diejenigen, die Russlands Kriegsmaschinerie finanzieren und unterstützen, zu fördern“, sagte US-Außenminister Antony Blinken in einer Erklärung.

Die USA verhängten Sanktionen gegen zahlreiche russische Einzelpersonen und Finanzinstitute sowie gegen russische Energieunternehmen, die an der Entwicklung eines Flüssigerdgas-Terminals in einem Ostseehafen beteiligt sind. Die Unternehmen aus Drittländern wurden wegen der Lieferung von Technologie, darunter Kugel- und Rollenlager, Flugzeugteile und Röntgensysteme, ins Visier genommen.

Auch der ehemalige CEO von Megafon, Ivan Tavrin, und mit ihm verbundene Unternehmen, darunter die Kismet Capital Group, wurden unter die US-Sanktionen gestellt. Außerdem wurden der Geschäftsmann Vladislav Sviblov und die von ihm kontrollierte Goldminenholding Highland Gold und Fortiana Holdings Limited sanktioniert. Darüber hinaus verhängten die US-Behörden Sanktionen gegen die Entwicklungsgruppe Kievskaya Ploshchad und die Expobank.

Russische Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes wie das Degtyarev-Werk, das Izhevsker elektromechanische Werk Kupol, das Permer Schießpulverwerk und das Novosibirsker Patronenwerk fielen ebenfalls unter die Einschränkungen.

Die Sanktionen richten sich nach Angaben des US-Finanzministeriums auch gegen in China ansässige Unternehmen für kommerzielle Satellitenbilder, die hochauflösende Beobachtungsbilder an die russische Söldnerfirma Wagner geliefert haben.

Das jüngste US-Paket fiel zeitlich mit dem Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij in Washington in dieser Woche zusammen, ein Zeichen der Unterstützung für Kiew trotz politischer Blockaden, die Zweifel an der künftigen Militärhilfe aufkommen ließen.

Janet Yellen, US-Finanzministerin, sagte: „Unsere heutigen Sanktionen verschärfen weiterhin den Druck auf bereitwillige Lieferanten und Netzwerke aus Drittländern, die Russland die dringend benötigten Inputs liefern, um seine militärisch-industrielle Basis auszubauen und zu erhalten.“

Washington und Brüssel sind besonders darüber verärgert, dass türkische Unternehmen Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die sowohl kommerziell als auch militärisch genutzt werden können, von westlichen Lieferanten kaufen und sie dann entweder direkt oder über Zwischenhändler in Zentralasien und Osteuropa nach Russland reexportieren, wie die Financial Times schreibt.

Eines der neu sanktionierten türkischen Unternehmen, Kartal Exim, bezeichnet sich selbst als „multifunktionaler Lieferant von technologischer Ausrüstung“. Russischen Aufzeichnungen zufolge hat es Waren im Wert von etwa 2,1 Mio. USD an Orlan LLC geliefert - ein St. Petersburger Unternehmen, das sich selbst als Lieferant von Fischereiausrüstung bezeichnet.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten sind 12 Unternehmen von den neuen Sanktionen betroffen, von denen viele an der Lieferung von Flugzeugteilen nach Russland beteiligt sind. Eines der sanktionierten Unternehmen ist Aspect DWC, ein Unternehmen aus den VAE, das laut russischen Zollunterlagen Teile für Dassault-Geschäftsflugzeuge geliefert hat.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Sanktionen gegen chinesische Unternehmen war ein Beschaffungsnetzwerk, das von dem Geschäftsmann Hu Xiaoxun betrieben wurde. Nach Angaben des US-Finanzministeriums hat sein Unternehmen - Jarvis HK - Munition, Streumunition und Ausrüstung zur Herstellung von Halbleiter-Mikrochips aus China nach Russland exportiert.

Die USA haben außerdem 17 weitere chinesische Unternehmen aufgelistet, darunter Beijing Yunze Tech.

[Treasury Imposes Sanctions on More Than 150 Individuals and Entities Supplying Russia's Military-Industrial Base | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

[US targets over 250 individuals, entities in major new Russia sanctions package \(kyivindependent.com\)](#)

[US hits Turkish and Chinese companies over Russia trade \(ft.com\)](#)

USA streben Verbot russischen Urans an

Das US-Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der ein Uran-Importverbot aus Russland anstrebt. Dies berichtet die „Welt“. Mit dem Importverbot wollen die USA den Druck auf die Regierung in Moskau erhöhen. „Die Risiken einer anhaltenden Abhängigkeit von Russland für unsere nuklearen Brennstoffe sind einfach zu groß“, erklärt die republikanische Abgeordnete Cathy McMorris Rodgers vor der Abstimmung. Auch Europa importiert viel Uran aus Russland.

Der Gesetzentwurf sieht Ausnahmeregelungen für schwach angereichertes Uran aus Russland vor, wenn es keine alternative Quelle für den Betrieb eines US-Atomkraftwerks gibt. Nach Angaben der staatlichen Energiebehörde (Energy Information Administration) importierten die USA im Jahr 2022 etwa zwölf Prozent ihres Urans aus Russland, verglichen mit 27 Prozent aus Kanada und 25 Prozent aus Kasachstan. Die Gesetzesvorlage muss noch den Senat passieren.

Eine Diskussion, Uran-Importe aus Russland zu sanktionieren, gibt es auch seit Längerem in Europa. Etwa ein Fünftel des auf dem Kontinent benötigten Urans stammt nach wie vor aus Russland. Hinzu kommt die in Russland traditionell starke Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen. Vor allem das von Uran abhängige Frankreich und Ungarn, das sogar noch zwei Atomkraftwerke des russischen Atom-Staatskonzerns Rosatom baut, stellen sich bei Uran-Sanktionen quer. Im Gegensatz zu einigen EU-Staaten bezieht die Ukraine keinerlei Brennstäbe mehr aus Russland. Auch Deutschland braucht nach dem Atomausstieg kein Uran mehr aus Russland.

„Bis man beispielsweise auf erneuerbare Energien umgestellt hat, gibt es Alternativen. Australien, Kasachstan und Kanada verfügen über größere Uranvorkommen als Russland“, schreibt der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter. Gleichzeitig nutzten Länder wie Frankreich die eigenen Möglichkeiten zur Wiederaufarbeitung nicht aus, weil Russland mit niedrigen Preisen den Markt beherrscht.

[Atomkraft: USA ebnen Weg für Uran-Importverbot aus Russland - WELT](#)

Russisches Beschaffungsnetz für Verteidigungsgüter wird in die Liste der US-Sanktionen aufgenommen

Die Vereinigten Staaten haben nach Angaben von Radio Free Europe am 5. Dezember neue Sanktionen gegen ein Netzwerk zur Beschaffung von Verteidigungsgütern verhängt, das nach Angaben des US-Finanzministeriums von einem in Belgien ansässigen Geschäftsmann geleitet wird und an dem zahlreiche in Zypern ansässige Unternehmen sowie Firmen in Schweden, Hongkong und den Niederlanden beteiligt sind.

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums erklärte, der Geschäftsmann Hans De Geetere stehe an der Spitze des Netzwerks, das an der Beschaffung von Elektronik mit militärischen Anwendungen für russische Endverbraucher beteiligt sei. „Die heutige koordinierte Aktion spiegelt unser kollektives Engagement für die Durchsetzung unserer Sanktionen und Exportkontrollen wider, einschließlich der

Rechenschaftspflicht gegenüber denjenigen, die versuchen, diese Maßnahmen zu umgehen“, sagte Brian E. Nelson, Unterstaatssekretär des Finanzministeriums für Terrorismus und Finanzkriminalität.

Das Netzwerk ist an der Beschaffung von Elektronik mit militärischen Anwendungen für russische Endverbraucher beteiligt und besteht aus neun Unternehmen und fünf Personen mit Sitz in Russland, Belgien, Zypern, Schweden, Hongkong und den Niederlanden, so das Finanzministerium.

De Geetere betreibt das in Belgien ansässige Unternehmen Knokke Heist Support Corporation Management, das in Zypern ansässige Unternehmen Eriner, das in Zypern ansässige Unternehmen The Mother Ark und das in den Niederlanden ansässige Unternehmen European Trading Technology, die alle vom Finanzministerium am 5. Dezember mit Sanktionen belegt wurden.

Das Finanzministerium nannte auch Unternehmen, die mit Eriner und The Mother Ark in Verbindung stehen, darunter M and S Trading mit Sitz in Hongkong und andere Unternehmen in Zypern und den Niederlanden, an deren Leitung De Geetere beteiligt sein soll. Neben diesen Unternehmen gehört zu De Geeteres Netzwerk auch das in Belgien ansässige Unternehmen European Technical Trading (ETT), das von seinem Bruder Tom De Geetere gegründet und geleitet wird.

Nach Angaben des Finanzministeriums hat De Geetere die Marke ETT bei versuchten Käufen von US-amerikanischen und europäischen Unternehmen genutzt. Zusätzlich zu seiner Rolle als Gründer und Leiter von ETT hat Tom De Geetere mit seinem Bruder die Beschaffung von Motoren für Drohnen koordiniert.

Ebenfalls benannt ist der russische Staatsbürger Vladimir Kulemekov, der mit De Geetere durch mehrere Geschäftsbeziehungen verbunden ist, darunter die Koordinierung von Elektronikaufträgen für russische Unternehmen. Kulemekov war zuvor bei De Geetere beschäftigt und wurde als Mitglied des russischen Militärgheimdienstes identifiziert.

[Russian Defense Procurement Network Added To U.S. Sanctions Designations \(rferl.org\)](https://rferl.org/russian-defense-procurement-network-added-to-u.s.-sanctions-designations/)

Russische Cyberkriminelle sanktioniert

Das britische Außenministerium und das US-Finanzministerium kündigten am 7. Dezember Sanktionen gegen zwei Russen wegen ihrer Verbindungen zu einer vom russischen Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) gesponserten Gruppe von Cyberkriminellen an, die nach Ansicht Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Personen und Einrichtungen in den beiden Ländern und anderen Partnerländern ins Visier genommen haben. Dies berichtet Radio Free Europe.

Die Vereinigten Staaten kündigten außerdem eine Anklageschrift an, in der die beiden Russen - identifiziert als Ruslan Peretyatko und Andrei Korinets - beschuldigt werden, eine Kampagne zum Hacken von Computern in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen NATO-Ländern „im Auftrag der russischen Regierung“ durchgeführt zu haben.

Das britische Außenministerium erklärte am 7. Dezember in einer Erklärung, dass die Cyberspionage von Star Blizzard, auch bekannt als Callisto Group, durchgeführt wurde, einer Organisation, von der das britische Cybersicherheitszentrum mit nahezu absoluter Sicherheit festgestellt hat, dass sie von Center 18 geleitet wird - einer FSB-Einheit, die hinter einer Reihe von Cyberspionageoperationen gegen Großbritannien steht.

Nach einer Untersuchung verhängte das Auswärtige Amt Sanktionen gegen die Star Blizzard-Mitglieder Ruslan Aleksandrovich Peretyatko und Andrei Stanislavovich Korinets „wegen ihrer Beteiligung an der Vorbereitung von Spear-Phishing-Kampagnen und damit zusammenhängenden Aktivitäten, die zu unbefugtem Zugriff und Exfiltration sensibler Daten führten, mit dem Ziel, britische Organisationen und im weiteren Sinne die britische Regierung zu untergraben“.

[U.K., U.S. Sanction Two Russians Accused Of Cyber Spying On British Politicians, Journalists \(rferl.org\)](https://www.rferl.org/article/ua-us-sanction-two-russians-accused-of-cyber-spying-on-british-politicians-journalists/)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Ausweitung bestehender Sanktionen

Am 14. Dezember hat die britische Regierung weitere Sanktionen gegen Russland verhängt, die sich auch auf Güter, Technologien und Finanzierungsquellen erstrecken, die den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen könnten, vor allem auf sogenannte „Schlachtfeldgüter“. Auch ein Einfuhrverbot für Diamanten und Diamantschmuck, das am 1. Januar 2024 in Kraft tritt, wurde aufgenommen. Das britische Paket enthält auch finanzielle Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die sich aus Russland zurückziehen wollen, sowie zur Klärung und Ausweitung des Anwendungsbereichs der bestehenden Sanktionen gegen Korrespondenzbanken. Darüber hinaus werden Meldepflichten eingeführt, um die Transparenz der im Vereinigten Königreich gehaltenen Vermögenswerte zu erhöhen und die Einhaltung der bestehenden Sanktionsregelung zu verbessern. Diese Meldepflichten treten am 26. Dezember 2023 in Kraft. Weitere Informationen finden Sie auch hier.

[The Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) \(No. 5\) Regulations 2023 \(legislation.gov.uk\)](https://legislation.gov.uk)

Sanktionen gegen 46 weitere Personen und Unternehmen – darunter auch Unternehmen aus Drittländern

Die britischen Behörden haben am 6. Dezember im Zusammenhang mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine Sanktionen gegen 46 natürliche und juristische Personen verhängt, berichtet der Pressedienst der britischen Regierung. Unter anderem sind Alexander Zakharov, der Chefkonstrukteur und Eigentümer des Unternehmens Zala Aero, das Lancet-Drohnen herstellt, sowie seine Frau und seine Kinder von den Einschränkungen betroffen.

Auch die Unternehmen Orion und Aeroscan, die sich im Besitz von Zakharovs Verwandten befinden und die, wie „Important Stories“ schrieb, Komponenten für die Produktion von Drohnen liefern, fielen unter die Sanktionen.

Darüber hinaus verhängte Großbritannien Sanktionen gegen das Sojus-Werk, das Triebwerke für die Raketen Kh-22, Kh-59 und Kalibr herstellt, sowie gegen dessen Chefkonstrukteur Mkrtych Okroyan und seine Verwandten.

Auch andere russische Unternehmen wie Votkinsk Machine-Building Plant, Radar Mms und Radiotechkomplekt sind von den Beschränkungen betroffen. Die britischen Behörden verhängten auch Sanktionen gegen Personen und Unternehmen, die mit dem PMC Wagner in Verbindung stehen, darunter die Sabotage- und Angriffsaufklärungsgruppe Rusich und ihr Kommandeur Yan Petrovsky.

Darüber hinaus haben die britischen Behörden eine Reihe von Unternehmen aus Serbien, Usbekistan, der Türkei, China, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Weißrussland in die Sanktionslisten aufgenommen, die Russland dabei helfen, die Sanktionen zu umgehen.

Das letzte Mal verhängte das Vereinigte Königreich am 8. November Sanktionen gegen Russland. Damals fielen unter anderem die Russische Union der Industriellen und Unternehmer, die Russische Nationale Rückversicherungsgesellschaft, die Ural Mining and Metallurgical Company und das Goldbergbauunternehmen Nord Gold unter die Beschränkungen.

[UK hits military suppliers propping up Russia's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-hits-military-suppliers-propping-up-russia-s-war-machine)

Schweiz

Schweizer haben russische Vermögenswerte in Höhe von 8,8 Milliarden Dollar eingefroren

Die Schweiz hat geschätzte 7,7 Milliarden Schweizer Franken (8,81 Milliarden Dollar) an russischen Finanzanlagen eingefroren, teilte die Schweizer Regierung laut Reuters mit. Die Zahl, eine vorläufige Schätzung, stellt einen leichten Anstieg gegenüber den 7,5 Milliarden Franken dar, die die Schweizer Regierung nach eigenen Angaben 2023 blockiert hatte, nachdem das neutrale Land die Sanktionen der Europäischen Union angenommen hatte. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), das für die Überwachung der Sanktionen zuständig ist, erklärte, dass es sich bei den 7,7 Milliarden Franken nur um die letzte Schätzung handele, die sich noch ändern könne.

Ukraine

Ukraine schreibt Moskauer Patriarchen Kirill zur Fahndung aus

Im Kampf gegen den Einfluss der russisch-orthodoxen Kirche hat die Ukraine den Moskauer Patriarchen Kirill zur Fahndung ausgeschrieben, dies berichtet die FAZ. Vorgeworfen wird Kirill, einer der Hauptunterstützer des russischen Angriffskrieges zu sein. Das Innenministerium in Kiew setzte den Kirchenführer mit bürgerlichem Namen Wladimir Gundjajew auf die Liste gesuchter Personen. Als Aufenthaltsort wurde Moskau angegeben.

Kirill steht klar hinter dem von Kremlchef Wladimir Putin befohlenen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wie dieser beharrt er auf einen Herrschaftsanspruch Russlands über die Nachbarländer, in denen Russen leben. In der Ukraine hat er immer noch Einfluss auf die Priester und Gemeinden, die sich zum Moskauer Patriarchat bekennen.

7. Blick über den Tellerrand

Keine neuen Meldungen

8. Termine

21. Dezember: Online-Briefing der Bundesregierung zum 12. Sanktionspaket, 10:00 Uhr

Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium laden am 21. Dezember zum **Informationsaustausch mit der deutschen Wirtschaft zur aktuellen Lage bzgl. Russland und der Ukraine ein. Es geht um das gerade verabschiedete 12. EU-Sanktionspaket.**

Der Austausch wird am **Donnerstag, 21. Dezember 2023, von 10:00 bis 11:00 Uhr virtuell stattfinden.**

Bitte melden Sie uns Ihre Teilnahme bis spätestens Dienstag, 19. Dezember 2023, 17:00 Uhr, unter 410-s@diplo.de

Sie erhalten im Anschluss den Einwahllink (WebEx) per Email.

Bei dieser Gelegenheit weisen die Ministerien zudem auf die bestehenden Informationsangebote des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Bundesbank hin. Kontaktdaten, FAQs und vieles mehr finden Sie [hier](#) (BAFA) bzw. [hier](#) (Bundesbank). Die Ministerien betonen, dass eine Rechts- bzw. Einzelberatung im Rahmen des genannten Informationsaustauschs nicht möglich sein wird.

9. Tipps & Links

Wie kann die Zukunft der EU gelingen? Der große britische Denker **Timothy Garton Ash** beschreibt in diesem Essay im Guardian seine Erkenntnisse aus Reisen durch 20 Länder Europas: [War or peace? Dictatorship or democracy? Europe's future is on the line | Timothy Garton Ash | The Guardian](#)

Podcast zur russischen Wirtschaft: Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer bringt in ihrem aktuellen Podcast ein **Interview mit dem Wirtschaftsexperten Janis Kluge** von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Unter anderem geht es um die Wirkung der Russland-Sanktionen. Hier der Link: [Kammer Russland \(kammer-russland.ru\)](#)

Das polnische **Center for Economic Strategy** hat eine Analyse zu nötigen (Wirtschafts-) Reformen erstellt, die die Ukraine auf ihrem Weg in die EU umsetzen muss bzw. auf die die EU selbst zukommen: [Stronger Together: Present and Future Challenges on Ukraine's Road to EU Integration | Centre for Economic Strategy \(ces.org.ua\)](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of High Priority Battlefield Items \(Version of September 2023\) \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

FAQ der EU zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:
[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss